



En circulation
 + 13.2.
M. P.

London, den 10. Februar 1948.

P.B. Nr. 1.
 Bevins Plan einer
 Westunion.

Herr Bundesrat,

Referat
28. II. 48 / 69

Die grosse aussenpolitische Rede, in der Bevin am 22. Januar d.J. seine Gedanken über eine westliche Union entwickelte, enthielt - entsprechend der Tatsache, dass es sich für ihn nur darum handeln konnte, ein Ziel und den Weg dazu aufzuzeigen, nicht aber einen fertig ausgearbeiteten Plan vorzulegen - in doppelter Hinsicht eine gewisse Unklarheit: einerseits war die Zahl der Länder nicht scharf umrissen, an die sich der Vorschlag richtete, andererseits aber auch nicht eindeutig klar gemacht, welchen Charakter, welchen genauen Inhalt und welche Form die geplante Union haben sollte. Was den geographischen Umfang anbelangt, waren namentlich aufgeführt Frankreich, die Benelux-Staaten, Italien, die zu diesen Ländern gehörenden überseeischen Gebiete und, in einem weiteren Zusammenhang damit, die arabischen Staaten; Nord- und Latein-Amerika waren mehr beiläufig als zur gemeinsamen westlichen Zivilisation gehörig, genannt. Hingegen wurden die Schweiz, die skandinavischen Staaten, Spanien und Portugal sowie Griechenland und die Türkei mit keinem einzigen Wort erwähnt. Was den materiellen Inhalt anbetrifft, erklärte Bevin, dass er zu der Zeit, als

Herrn Bundesrat M. Petitpierre,
 Chef des Eidgenössischen Politischen Departements,

BERN.



- 2 -

noch Aussichten für eine befriedigende Zusammenarbeit der vier Grossmächte bestanden, vermieden habe, auf eine Westunion zu drängen und damit einer Blockbildung Vorschub zu leisten; nunmehr müssten die westlichen Staaten aber näher zusammenrücken, ihre moralischen und materiellen Kräfte gemeinsam mobilisieren und sich auf dem Gebiet des Handels, der sozialen, kulturellen und aller andern Beziehungen, auf denen internationale Kontakte möglich seien, näher zusammenschliessen. Der Westen müsse sich zu einer "spiritual Union" oder, wie er an anderer Stelle sagte, mehr zu einer Brüderschaft als zu einem starren System zusammenfinden.

Diese von Bevin zweifellos gewollt unscharfe und damit die Entwicklung nicht im voraus zu stark festlegende Umschreibung seiner Pläne hat zu sehr verschiedenen Auslegungen seiner Rede geführt und zwar nicht nur im Ausland, sondern auch in London und, wie Sie meiner Depesche von letzter Woche entnommen haben werden, sogar im Foreign Office selbst. Ich habe im Rahmen einer Unterhaltung mit einem massgebenden Beamten des Foreign Office, der zwar nicht dem allerengsten Kreise um den Staatssekretär angehört, aber dank seiner Stellung mit dessen Gedankengängen doch genau vertraut sein dürfte, versucht, Genaueres über die Absichten Bevins zu erfahren und dabei folgendes Bild erhalten.

In Anbetracht des Versagens der Zusammenarbeit zwischen den vier Grossmächten sowie der Haltung Russlands

- 3 -

muss von den Westmächten endlich die sich aus der Lage ergebende Konsequenz gezogen werden, die nur in einem engeren Zusammenschluss des Westens liegen kann. Dieser Zusammenschluss soll nicht nur auf dem politischen und allenfalls militärischen, sondern auf allen Gebieten Platz greifen, auf denen internationale Zusammenarbeit überhaupt möglich ist und soll ausserdem nicht nur auf die staatlichen Stellen beschränkt, sondern durch alle Organe gepflegt werden, die sich für internationale Zusammenarbeit eignen, wobei beispielsweise auch an kulturelle und wissenschaftliche Organisationen sowie an die Gewerkschaften gedacht wird. Da die Voraussetzungen auf den diversen Gebieten ganz verschieden sind, wird auch die Zahl der Staaten, auf deren Teilnahme gerechnet werden kann, je nach Gebiet verschieden sein. So können beispielsweise auf dem wirtschaftlichen Sektor - wie dies im Zusammenhang mit dem Marshall Plan bereits verwirklicht ist - Staaten mitarbeiten, denen dies auf dem politischen Feld unmöglich wäre. Westdeutschland wird zur wirtschaftlichen Mitarbeit beigezogen werden, während es weder beabsichtigt, noch wünschbar wäre, es zu einer politischen Blockbildung heranzuziehen. Von jedem Lande wird die Mitwirkung auf allen Gebieten erwartet und erhofft, auf denen es ihm den Umständen nach möglich sein wird.

Ich wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Schweiz durch die Umschreibung der Voraussetzungen, unter

- 4 -

denen sie sich seinerzeit zur Teilnahme an den Konferenzen der 16 Nationen bereit erklärt hat und durch die Erklärungen, die Sie im Parlament über unsere Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit unter gleichzeitiger strenger Wahrung der Neutralität abgegeben haben, ihren Standpunkt genügend klar dargelegt habe und daher - im Gegensatz zum Vorgehen der schwedischen und dänischen Aussenminister - darauf habe verzichten können, zu den Ausführungen Bevins besonders Stellung zu nehmen. Im übrigen gab ich der Meinung Ausdruck, dass es der Schweiz und andern Ländern in ähnlicher Lage desto mehr möglich sein werde, positiv mitzuarbeiten, je schärfer die einzelnen Sektoren - vor allem die politischen und militärischen einerseits und die wirtschaftlichen und kulturellen andererseits - von einander getrennt gehalten werden könnten. (Dabei entgeht mir nicht, dass in gewissen Fragen, wie beispielsweise derjenigen einer Zollunion, eine scharfe Grenzziehung kaum möglich sein wird, was uns unter Umständen vor Entscheidungen schwieriger Natur stellen kann.)

Mein Gewährsmann zeigte für die besondere Lage der Schweiz vollstes Verständnis und fügte bei, das Foreign Office sei sich darüber klar gewesen, dass die Absicht einer politischen Zusammenfassung einzelner Länder des Westens fast gezwungenermassen die in den neutralen Staaten allfällig bestehenden Bedenken hinsichtlich Mitarbeit im Rahmen des Marshall Planes verstärken müsse; in Anbetracht der

- 5 -

allgemeinen Lage hätten die Bestrebungen nach einem engeren politischen Zusammenschluss aber nicht mehr länger aufgeschoben werden können. (In diesem Zusammenhang dürften wohl auch Ueberlegungen betreffend die Wirkung dieser Initiative auf den amerikanischen Kongress eine gewisse Rolle gespielt haben.)

Auf den politischen Sektor näher eingehend erklärte mein Gesprächspartner, es sei nach den Erfahrungen der beiden Weltkriege und auf Grund geographischer und strategischer Ueberlegungen nur natürlich, wenn sich die Benelux-Staaten mit England und Frankreich näher zusammenschlössen. Die Initiative Bevins sei von den Benelux-Staaten uneingeschränkt begrüsst worden; s i e seien es vor allem gewesen, die zum Ausdruck gebracht hätten, dass einer Ausdehnung des Vertrages von Dünkirchen auf sie der Abschluss einer Allianz vorzuziehen wäre, die sich gegen j e d e n Angreifer richten würde, womit nicht nur allen Möglichkeiten Rechnung getragen, sondern dem Bündnis auch die ausgesprochen gegen Deutschland gerichtete Spitze genommen würde. Die durch Staatsminister McNeil in den letzten Tagen geführten Vorbesprechungen scheinen sehr befriedigend verlaufen zu sein; sie sollen in nächster Zeit fortgesetzt werden, wobei anscheinend an die Möglichkeit gedacht ist, sie zeitlich mit den am 19. Februar in London beginnenden Dreimächte-Verhandlungen zusammenfallen zu lassen. Eine direkte Teilnahme der Benelux-Vertreter an den Besprechungen der Grossen Drei

ist allerdings nicht vorgesehen, obschon die Ersteren starke Anstrengungen machen, ihren Einfluss in allen Deutschland betreffenden Fragen mehr zur Geltung zu bringen.

Nach den Benelux-Staaten käme als weiterer Partner für ein politisches Bündnis in erster Linie Italien in Frage. Ob später darüber hinaus noch eine weitere Ausdehnung erfolgen kann, muss die Entwicklung der Ereignisse zeigen: in Frage kämen die Staaten der Iberischen Halbinsel, die als dem Westen angehörig bezeichnet werden müssen, obschon ihre innere Organisation zur Zeit keineswegs der englischen Auffassung einer westlichen Demokratie entspreche, sowie später evtl. die skandinavischen Länder, die sich unter dem Druck der Entwicklung doch einmal gezwungen sehen könnten, ihre jetzige Neutralitätspolitik aufzugeben. Daran anschliessend liess mein Gewährsmann dann ganz beiläufig auch eine Zwischenbemerkung betreffend die Zukunft der schweizerischen Neutralität fallen, die aber keineswegs einer Kritik an der Durchführung unserer Neutralitätspolitik galt oder gar die moralische Rechtfertigung der Neutralität in Frage gestellt hätte, wie dies während und auch noch einige Zeit nach dem Kriege in Gesprächen auch hier häufig der Fall war; hingegen war ein Unterton von Skepsis, ob die Schweiz auf längere Dauer ihre Neutralitäts-Politik aufrechterhalten und ihre damit verfolgten Ziele erreichen könne, unverkennbar.

*

*

*

- 7 -

Zum Schluss noch einige kurze Angaben betreffend die in London bevorstehenden Zusammenkünfte. Die am 19. Februar zusammentretende Dreier-Konferenz wird sich mit Deutschland betreffenden Fragen zu befassen haben, wobei das Konferenzprogramm in ziemlich allgemein gehaltener Form umschrieben zu sein scheint. Die Zusammenlegung der französischen mit der anglo-amerikanischen Zone dürfte einen der wichtigeren Diskussionspunkte bilden; das Foreign Office drückt sich über die Aussichten auf Zusammenlegung nur sehr zurückhaltend aus, glaubt jedoch, dass das französische Interesse daran gestiegen sei, indem die Franzosen, speziell nach der kürzlich erfolgten Neuordnung der Verwaltung der anglo-amerikanischen Zone, die den französischen Wünschen bekanntlich in mancher Hinsicht nicht entsprochen hat, größeren Wert darauf legen dürften, durch Zusammenlegung der Zonen ihren Einfluss auch in Frankfurt geltend machen zu können.

Die deutsche Währungsreform ist im Konferenzprogramm nicht besonders erwähnt; solange die Verhandlungen im Kontrollrat weitergehen, die bisher allerdings sehr wenig Fortschritte zu machen scheinen, dürfte die Ueberlegung vorgeherrscht haben, dass es nicht wünschbar sei, die Atmosphäre in Berlin durch Aufnahme dieses Punktes in das Programm der Dreier-Verhandlungen zu stören.

Am 20. Februar treten in London die mit der Behandlung der österreichischen Frage beauftragten Stellvertreter

- 8 -

der vier Aussenminister zusammen, nachdem durch die verspätete Einreichung der russischen Vorschläge gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan eine Verzögerung von über zwei Wochen eingetreten ist. Bei aller Zurückhaltung geben sowohl das Foreign Office wie österreichische Quellen der Meinung Ausdruck, dass in der Tatsache, dass die Russen sich nicht mehr auf juristische Argumentationen versteifen, sondern materielle Forderungen aufstellen, immerhin ein gewisser grundsätzlicher Fortschritt gesehen werden dürfe. Die russischen Forderungen sind allerdings sehr hoch; es ist jedoch, wie ein Sprecher des Foreign Office es formulierte, "besser, wenn die Russen den Mund weit aufmachen, als wenn sie ihn überhaupt nicht auf tun".

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

